

Dezember 2008
Ausgabe 12
16. Legislatur

Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein turbulentes Jahr liegt fast hinter uns und ein spannendes Jahr vor uns. In den kommenden Monaten werden in vielen Bundesländern Kommunal- und Landtagswahlen stattfinden. Dazu kommen die Wahlen zum Europaparlament im Sommer und die Bundestagswahl im September. Und wie immer hängt viel an den Grünen.

Vor kurzem waren plötzlich alle Parteien Verbal-Ökos. Doch kaum bricht die Konjunktur ein sieht man, dass CDU, SPD, FDP & Linke höchstens Sonnenscheinökologen sind und in der Krise Umwelt- und Klimaschutz für schädlich halten. Doch das genaue Gegenteil ist richtig. Über das beherrschende Thema der Finanz- und Wirtschaftskrise dürfen wir nicht die ökologische Krise und die zwingenden Notwendigkeiten der ökologischen Modernisierung vergessen. Wir Grünen zeigen Perspektiven auf, wie wir die anstehenden Veränderungen konstruktiv angehen können. Einige davon findet ihr auch in dieser Ausgabe von SÜDWESTGRÜN.

Um euch zu zeigen woran wir in den letzten Monaten verstärkt gearbeitet haben, bekommt ihr zum letzten Mal im alten Jahr einen Einblick in grüne Parlamentsarbeit und aktuelle Berichte aus den Fachausschüssen des Bundestages.

Ich wünsche euch allen ein ruhiges, besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr

Euer Alex Bonde

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



In dieser Ausgabe:

Kerstin Andreae und
Alexander Bonde
Seite 2 - 5

Biggi Bender
Seite 6

Uschi Eid
Seite 8

Winne Hermann
Seite 10

Sylvia Kotting-Uhl
Seite 12

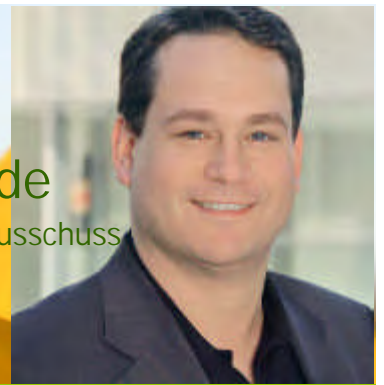
Fritz Kuhn
Seite 14

Gerhard Schick
Seite 16

Impressum
Seite 18



Kerstin Andreae
Mitglied Wirtschaftsausschuss



Alex Bonde
Mitglied Haushaltsausschuss

Jetzt für morgen!

Seite 2

Das Diskussionspapier "Jetzt für Morgen! Ökologische Politik muss auch in der Krise Bodenhaftung bewahren - Warum grünes Krisenmanagement verlässlich auf Nachhaltigkeit setzt." ist ein gemeinsames Papier von Kerstin Andreae MdB, Theresia Bauer MdL, Alexander Bonde MdB, Edith Sitzmann MdL, Silke Krebs und Andrea Lindlohr.

Ökologische Politik muss auch in der Krise Bodenhaftung bewahren – Warum grünes Krisenmanagement verlässlich auf Nachhaltigkeit setzt.

Die Weltwirtschaft steht vor einer grundlegenden Neuausrichtung. Das Wirken der Finanzkrise auf die Realwirtschaft sowie der fortschreitende Klimawandel machen mehr als deutlich, dass sich die deutsche Volkswirtschaft neu aufstellen muss. Nachlassende Exporte sowie die sinkende Binnennachfrage geben Grund zur Sorge. In ihrer Folge müssen wir mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen.

Wegbrechende Absatzmärkte, Unsicherheiten auf den Weltmärkten, abnehmende Rohstoffvorkommen und der Wandel zur Wissensökonomie sind Entwicklungen, die auch schon vor der Finanzkrise die Weltwirtschaft herausgefordert haben. Die Finanzmarktkrise hat den absehbaren Wirtschaftsabschwung verstärkt und beschleunigt. Unternehmen, die schlecht geführt sind oder am Markt vorbei produzieren, werden ihre Stellung nicht behaupten können. In einer wirtschaftlichen Abschwungphase treten schon vorhandene Problemlagen noch deutlicher und schneller zutage. Auch gesunde Firmen sind davon bedroht, mit in den Krisenstrudel gezogen zu werden.

Zielführend ist weder eine Politik der ruhigen Hand noch eine der hektischen Hand, die mehr verschüttet als ans Ziel bringt.

Wir wollen in der Krise überlegt und schnell handeln, in dem wir den Rahmen für eine Neuausrichtung der Wirtschaft setzen.

Dabei ist klar: Ohne eine gesunde ökologische Entwicklung kann es auch keine gesunde ökonomische Entwicklung mehr geben. Auch wir Grünen wollen die Wirtschaftskraft unseres Landes stärken. Aber der Klimawandel wartet nicht auf eine gute Konjunktur.

Kein Rollback zum blinden Wachstumsfetischismus

Derzeit hat auf alle Fälle eines Hochkonjunktur: Vorschläge, mit möglichst viel staatlichem Geld dem wirtschaftlichen Abschwung entgegenzuwirken. Hoffnung nährt dabei der Gedanke, dass jedem Abschwung auch ein Aufschwung folgt und es nun darum gehe, die Phase des konjunkturellen Tiefs zu verkürzen bzw. ihre Auswirkungen abzuschwächen. Die momentane Krise droht sich zur weltweit größten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg auszuweiten. Dennoch bedeutet auch diese Krise keine vollständige Zeitenwende. Die Regeln des nachhaltigen Wirtschaftens gelten weiter und sind für die Bewältigung dieser Krise fundamental.

Für uns Grüne gilt gerade in dieser Situation: „Jetzt für morgen“. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, der Kampf gegen den Klimawandel und die effektive Arbeitsbeschäftigung stehen gestern, heute und morgen auf der Agenda. Es kann nicht darum gehen, marode Industriebranchen zu pöppeln oder mit konjunkturellen Strohfeuer Steuern zu verbrennen. Konsumchecks oder -gutscheine, deren Befürworter jeden Gedanken an eine wachstums- und konsumkritische Positionierung über Bord werfen und bei denen der Gedanke der Nachhaltigkeit – auch im Hinblick auf den staatlichen Haushalt – keine Rolle mehr spielt, erteilen wir eine klare Absage.

Grüne mit ihrer ökologischen Grundüberzeugung können nie für blindes Wachstumsstreben sein.

Auch konjunkturpolitisch sind Maßnahmen zur bloßen Konsumankurbelung zu hinterfragen. Das gilt auch für die Steuerschecks, die im Frühjahr 2008 in den USA verteilt wurden. Die Hoffnungen auf eine nachhaltige Wende der Konsumnachfrage erfüllten sich nicht.

Die ernüchternde Erkenntnis ist: Geld blind in den Konsum zu powern hat immer nur einen Effekt: Der staatliche Schuldenberg wird größer als zuvor.

Auslöser der Krise in den USA war, dass dort individuell und als Land permanent über die eigenen Verhältnisse gelebt wurde. Diese schuldenfinanzierte Ankurbelung der Nachfrage ist in sich zusammengebrochen und war die Ursache der Bankenkrise. Privat und gesamtstaatlich wurde mehr ausgegeben, als die jeweilige eigene Leistungsfähigkeit eigentlich erlaubte. Gerade vor dem Hinblick dieser Analyse stellen sich kritische Fragen an Strategien zur Krisenrettung, die auf schuldenfinanzierten, nicht-nachhaltigen Konsum setzt. Bei aller Notwendigkeit zur Krisenabwehr: Es macht keinen Sinn die nächste Blase schon vorzuprogrammieren.

Nachhaltige Haushaltspolitik

Dieser Gedanke ist mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu verbinden. Wir brauchen eine Neuausrichtung der institutionellen Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine Ausgabenregel, welche die erlaubten Ausgaben an die Entwicklung der Einnahmen bindet. Eine solche Regel wird die Verschuldung wirksam begrenzen. In konjunkturguten Zeiten sollen Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden. Dagegen sind in konjunkturrelevanten problematischen Zeiten antizyklisch wirkende Haushaltsdefizite zulässig.

In einer schweren konjunkturellen Krise ist eine weitere Konsolidierung des Haushaltes nicht sinnvoll. Ziel muss aber sein, über den Konjunkturzyklus betrachtet einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Auch die derzeitige Debatte um Steuersenkungen ist nicht zielführend. Die Einkommensteuern sind im europäischen Vergleich in Deutschland nicht zu hoch. Außerdem wird durch eine Steuersenkung eher die Sparquote erhöht, als dass die Binnennachfrage wesentlich gestärkt würde. Volkswirtschaftlich betrachtet haben höhere Ersparnisse durchaus ihre positive Wirkung. Sie sind die Grundlage, auf der über den Tag hinaus wirtschaftlicher Wohlstand gedeihen kann. Konjunkturpolitisch wirken Steuersenkungen allerdings kaum, und wirken sich kaum auf die unteren Einkommensschichten und deren Konsumverhalten aus. Untere Einkommensschichten profitieren gar nicht oder zumindest nur unterproportional von diesen Steuersenkungen. Das ist sozial unausgewogen und damit falsch.

Schließlich wird über eine Absenkung der Mehrwertsteuer debattiert. Jenseits dessen, dass die letzte massive Mehrwertsteuererhöhung zwangsläufig zu einer Kaufkraftsenkung geführt hat, würde eine Absenkung aber nicht direkt an die Konsumenten weitergegeben werden, da die Steuerpolitik nicht direkt Preissenkungen infolge von Steuersenkungen durchsetzen kann.

Ergebnis der bisher diskutierten Maßnahmen: Das staatliche Defizit und die Zinslasten würden sprunghaft steigen – die konjunkturpolitischen Auswirkungen wären ausgesprochen gering.

Die dritte industrielle Revolution

Es braucht nicht weniger als eine dritte industrielle Revolution, die Stärkung des Vertrauens der Wirtschaft in die Politik – also in verlässliche und planbare Gesetze und Verordnungen – und vor allem auch das Vertrauen in die Entwicklung der Märkte.

Wo aber liegen die Märkte der Zukunft? Welche wirtschaftliche Zukunft, wenn Wachstum als Selbstzweck ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen abgelehnt wird, stellen wir uns vor? Wir Grünen messen die Leistungskraft unserer Wirtschaft auch daran, was sie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zum Reichtum der kulturellen und sozialen Beziehungen der Gesellschaft beiträgt.

Nicht mehr Produktion, sondern bessere Produkte und bessere Produktionsprozesse sind nötig. Für die Umwelt, für das Klima, für die Menschen. Es kann nicht um „mehr“, sondern es muss um „besser“ gehen. Nicht um den Zweitwagen, sondern um die ökologisch sinnvolle Alternative zum Erstwagen. Nicht um den „big size“ Kühlschrank, sondern um energieeffiziente Haushaltgeräte. Wir wollen qualitatives, nicht quantitatives Wachstum.

Wer diese Herausforderungen als Chance nutzt, erkämpft sich einen vorderen Platz in der Ökonomie von Morgen. Hier entstehen neue Märkte und Investitionsmöglichkeiten. Es kommt darauf an, zukunftsfähige Investitionsfelder zu identifizieren und das Engagement der Wirtschaft in diesen Bereichen herauszufordern und zu fördern: Durch klare Regeln ebenso wie durch Anschubhilfen, die diese neuen Märkte wirtschaftlich erschließen helfen. Die Zukunft der Wirtschaft ist grün. Hier sind die Arbeitsplätze, die langfristig Bestand haben werden.

Der Strukturwandel kann gelingen, wenn wir ihn aktiv gestalten. Selbst im Abschwung steht die Grüne Industrie in Deutschland immer noch gut da: Zwar ist auch diese nicht völlig immun gegen die Krise, aber dennoch wächst die Branche auch jetzt weiter.

Interventionen in der Krise müssen sich an den zukünftigen Anforderungen an die Wirtschaft orientieren. Das ist das Gebot der Stunde. Wir setzen auf eine nachhaltige Orientierung, bei der die ökologische Modernisierung, Bildung und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Klima- und Umweltschutz sind keine Belastungen, sondern eröffnen neue Märkte. Hier liegen die Chancen für Deutschland, für Europa und für die Weltwirtschaft. Nicht überhörbar ist der Wandel in Amerika, der den neuen grünen New Deal einfordert.

Strukturprogramme statt Konjunkturprogramme

In der Automobilbranche hat die Finanz- und Wirtschaftskrise den Strukturwandel beschleunigt. Der Absatz ist in den USA und Europa eingebrochen. Die Automobilindustrie hat Trends wie steigende Energiekosten und die konsequente Klimapolitik ignoriert und nicht rechtzeitig ihre Produkte bzw. ihre Wagenflotte modernisiert. De facto stehen wir vor einer Angebots- und keineswegs vor einer Nachfragekrise. Jetzt die überholten Ansätze der Automobilindustrie zusätzlich zu subventionieren, ist der falsche Weg. Vielmehr brauchen wir gezielte Förderung in die Entwicklung bis hin zur Marktreife von neuen Antriebstechnologien. Darüber hinaus steht die Automobilindustrie vor der Anforderung, ganz neue Wege zu gehen. Wer Mobilität anbieten will, der sollte nicht nur Autos bauen, sondern umfassende Mobilitätskonzepte entwickeln.

Hochinnovative Unternehmen können die Krise nutzen. Hier bestehen große Marktchancen für die deutsche Automobilindustrie. Daher ist die Krise primär eine Anforderung an die Reformkraft der Automobilindustrie und höchstens in zweiter Linie an die Industriepolitik.

Statt im Konjunkturabschwung neue Subventionen mit der Gießkanne zu verteilen oder die Bürger mit einem warmen Regen von Steuersenkungen zu beträufeln, sollte der Staat gezielte investive Ausgaben in Forschung und Entwicklung, Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur tätigen. Diese Investitionen (z.B. in einen umfassenden ÖPNV, in die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, in Energie- und Materialeffizienz) wirken langfristig und schaffen Einkommen. Dies setzt auch in der Krise Impulse, aber vor allem werden so Aktivitäten gestartet, die für ein erfolgreiches und in die Zukunft gerichtetes Wirtschaften notwendig sind. Dieser Strukturwandel muss gestaltet und sozialpolitisch begleitet werden.

Den Wandel gestalten

Gerade in der Krise sind niedrig qualifizierte Arbeitsplätze als erstes auf dem Prüfstand und diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit bedroht. Umso wichtiger ist ein Modell, das in diesem Segment des Arbeitsmarktes einen besonderen Schwerpunkt setzt und ökonomische Anreize gegen Entlassungen setzt. Eine Senkung der Lohnnebenkosten macht deshalb vor allem bei den unteren Einkommen Sinn. Wir wollen den Einstieg in die Lohnnebenkosten progressiv gestalten und damit gerade am unteren Bereich Anreize setzen. Denn dort entscheidet die Höhe der Lohnnebenkosten relevant mit, ob ein Job geschaffen oder abgebaut wird - beim Ingenieur findet diese Abwägung praktisch unabhängig von den Lohnnebenkosten statt.

Zukunftsentscheidend und eine Antwort auf die Frage, wie der nötige Strukturwandel sozial- und arbeitsmarktpolitisch gestaltet werden kann, ist es für Weiterbildung und Qualifizierung zu sorgen, damit im nächsten Aufschwung genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Auch diese müssen auf Zukunftsmärkte ausgerichtet sein. Bildung und die richtige berufliche Qualifizierung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Was aber mit den Menschen, die jetzt und heute von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen und bedroht sind? Hier ist eine verbesserte Grundsicherung ein zentrales Ziel Grüner Sozialpolitik. Die Grundsicherung ist nicht nur sozialpolitisch notwendig, sondern hat auch einen ökonomischen Effekt. Eine Erhöhung der ALG II - Regelsätze auf 420 € für einen Erwachsenen sowie eine Erhöhung der Kinderregelsätze sind angebracht und gerecht. Eine Anhebung der Regelsätze hätte die Anhebung des Steuergrundfreibetrags zur Folge und würde sich somit auch positiv auf die Einkommenssituation der unteren Einkommen auswirken.

Deshalb: Glaubwürdigkeit statt Aktionismus

In der Krise verändern sich die Ansprüche an eine gute Wirtschaftspolitik nicht, sie verschärfen sich: Wirtschaftspolitik ist nur gut, wenn sie an den Ursachen der Probleme ansetzt und nicht an den Symptomen einer Krise herumdoktert. Auch Fiskalpolitik wirkt nur nachhaltig, wenn sie Vertrauen schafft und eine Perspektive für wirtschaftliche Entwicklung aufzeigt. Dies wäre ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit der Politik.



Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit und Soziales



Dauerbaustelle Gesundheitspolitik – Keine Kurzarbeit

Seite 6

Das Jahr geht zu Ende, die gesundheitspolitischen Themen der letzten Monate nicht – sie werden uns auch im Wahljahr beschäftigen: Die Diskussionen um den Gesundheitsfonds werden nicht abbrechen, die Finanzierung der Krankenhäuser ist nach wie vor nicht nachhaltig gesichert und bei der Prävention bzw. Gesundheitsförderung ist Stillstand eingetreten.

Gesundheitsfonds macht Probleme

Eine nachhaltige Finanzreform hat die Regierung nicht in Angriff genommen, stattdessen gibt es den Gesundheitsfonds. Von niemandem geliebt, wird das Projekt durchgezogen aus Gründen politischer Gesichtswahrung. Staatlichen Einheitsbeitrag gibt es jetzt, der liegt mit 15,5 % auf Rekordniveau, und reichen tut das Geld trotzdem nicht. Aus zwei Gründen: Die Kassen schätzen die zu erwartenden Ausgaben bereits jetzt höher ein, aber der politisch beschlossene Beitragssatz durfte nicht höher steigen, als der Arbeitslosenbeitrag abgesenkt wurde – so die Rechenlogik der Regierung. Darüber hinaus liegt das Einnahmedefizit durch die wirtschaftliche Rezession bei mindestens 440 Mio. Euro, das entspricht weiteren 0,5 % Beitragssatz. Die Regierung tröstet: Dieses Geld fehle nicht den Krankenkassen, sondern „nur“ dem Fonds. Stimmt, aber das dicke Ende kommt: Der Fonds muss Geld beim Bundeshaushalt pumpen, das die Krankenkassen im Jahr 2010 zurückzahlen müssen – also wird dann um so mehr Geld benötigt. Woher nehmen? Diese Schulden fallen zusammen mit einer ohnehin geplanten Unterdeckung der Kassenfinanzen: Im Jahr 2010 sollen die Krankenkassen aus dem Fonds nur noch 95 % der Ausgaben bekommen. Woher kommt der Rest? Aus Zusatzbeiträgen, die allein die Versicherten zahlen, z.B. 15 Euro pro Kopf.

Je mehr Altlasten aus dem vergangenen Jahr, desto höher der Druck in diese Richtung. Sagt das die Regierung den Versicherten? Nein, im Gegenteil. Während die „kleine Kopfpauschale“ das erklärte Ziel der Union war, um möglichst viel vom „Leipziger“ Kopfgeldmodell zu treten, traut sie sich jetzt nicht vor die WählerInnen damit. Frau von der Leyen behauptet einfach, Krankenkassen, die in Zukunft Zusatzbeiträge erheben müssen, seien unwirtschaftlich. Das ist falsch. Und gerade weil die Kassen diese Stigmatisierung fürchten, wird es 2009 tatsächlich keine Zusatzbeiträge geben. Dafür jede Menge Sparaktionen: Für innovative Versorgungsformen, die erst einmal Anlaufkosten verursachen, wird kein Geld übrig sein. Auch bewährte Versorgungsformen sind betroffen. So wurden Vereinbarungen gekündigt, die eine kontinuierliche, ambulante, qualifizierte sozialpsychiatrische Behandlung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen gewährleisten und eine Alternative zur Versorgung in Krankenhäusern darstellen. Damit ist die Finanzierung einer interdisziplinären Zusammenarbeit medizinischer, psychologischer, pädagogischer und sozialer Berufsgruppen momentan unklar. Hier wie auch bei der Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS mache ich jetzt politisch Dampf, dass diese wichtigen speziellen Behandlungsstrukturen erhalten bleiben.

Krankenhäuser zukunftsfähig machen

Eine weitere offene Baustelle ist die Finanzreform der Krankenhäuser. Theoretisch gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Krankenkassen und Bundesländern. Die Länder sind für die Finanzierung der Investitionen zuständig und beanspruchen daher die Krankenhausplanung für sich.

Die Krankenkassen zahlen für die Behandlung. Faktisch fließt immer weniger Geld der Länder. Gesprochen wird von einem Investitionsstau von 20 bis 50 Milliarden Euro. Somit müssen die Krankenhäuser, die seit dem Jahr 2003 nicht mehr nach der Verweildauer ihrer PatientInnen, sondern nach konkret erbrachten Leistungen bezahlt werden, aus diesen Einnahmen notwendige Investitionen finanzieren. Diese müssen an anderer Stelle eingespart werden. Gespart wird, wie ich aus vielen Gesprächen mit ÄrztInnen und Pflegekräften in Baden-Württemberg entnehmen konnte, am ehesten bei den flexiblen Personalkosten. Der Zustand ist unhaltbar, da alle Krankenhäuser unter dieser Situation leiden. Im Blick auf die Zukunft wäre viel wichtiger, echte Planung zu betreiben. Nicht jedes Krankenhaus kann erhalten werden. Wer heute ohne guten Grund unwirtschaftliche Krankenhäuser am Leben erhält, schadet den Krankenhäusern, die wir in Zukunft gut ausgestattet brauchen, um eine Versorgung auch in weniger dicht besiedelten Gebieten zu gewährleisten.

Solche Entscheidungen gehen nicht ohne Konflikte auch innerhalb der Grünen ab. Die kommunale, landes- und bundespolitische Sicht unterscheidet sich dabei teilweise. Wir haben als grüne Bundestagsfraktion den Antrag „Krankenhäuser zukunftsfähig machen“ vorgelegt, mit dem wir die Investitionsfinanzierung neu regeln wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Investitionsfinanzierung gemeinsam von Ländern und Krankenkassen getätigt wird. Unser Vorschlag sieht vor, dass für jeden Euro, den die Länder investieren, die Krankenkassen einen Euro drauf legen müssen. Ein solches Modell funktioniert aber nur dann, wenn die Krankenkassen gleichberechtigt an der Krankenhausplanung beteiligt werden.

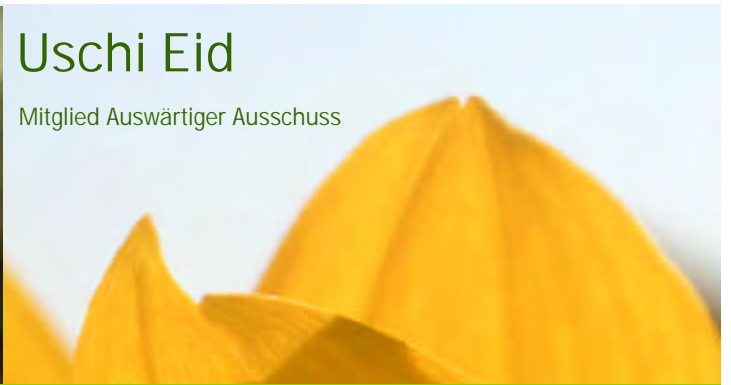
Die Bundestagsfraktion im Süden - grüne Präventionstour

In den letzten Monaten war ich mit KollegInnen aus Bund und Ländern auf unserer grünen Präventionstour durch mehrere Bundesländer. In Stuttgart haben wir diskutiert, welche Bedeutung Schulen und Kitas für die Gesundheit von SchülerInnen und LehrerInnen haben. SchülerInnen, LehrerInnen und ErzieherInnen waren sich einig: Schulen und Kitas sind Orte, an denen Prävention stattfinden kann. Voraussetzung ist, dass alle Kinder die Möglichkeit haben, entsprechende Angebote wahrzunehmen. Gerade in den Südländern Baden-Württemberg und Bayern gibt es keine ausreichende Anzahl an Ganztagschulen und –kitas. Weite Teile der Union halten an einem überholten Familienbild fest und fordern ein Erziehungsgeld ein, statt in Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Kinder zu investieren. In Bayern haben wir die psychische Gesundheit von Kindern thematisiert. Gerade in den ländlichen Regionen sind viele von psychischen Problemen betroffene Kinder in Heimen untergebracht. Dort können sie häufig nicht in vollem Umfang gefördert werden. Aber auch hier gibt es ermutigende Ansätze, die es weiterzuentwickeln gilt. So konsultiert ein Team der Ulmer Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie die Kinder in den Heimen, unterstützt sie bei der Bewältigung ihrer Probleme, und verhindert dadurch die Einweisung in die Jugendpsychiatrie. Das ist gut für die Kinder und spart dazu Geld.



Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss



Tragödie in Simbabwe

Seite 8

Was sich in Simbabwe abspielt, ist eine menschliche Tragödie, nicht nur wegen der politischen Entmündigung und diktatorischen Unterdrückung der Bevölkerung, sondern auch wegen der Choleraepidemie, die die Menschen ihrer körperlichen Unversehrtheit beraubt. Ohne den durch die Regierung Mugabes verursachten Zusammenbruch des Gesundheitswesens und der Wasserinfrastruktur hätte diese Epidemie verhindert werden können. Es ist aber darüber hinaus ein politischer Skandal, dass Mugabe immer noch an der Macht ist, obwohl er die Wahlen im vergangenen Mai verloren hat. Für die Afrikanische Union und die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) ist es ein völliges Armutszeugnis, dass sie nicht in der Lage sind, beziehungsweise bisher nicht den politischen Willen gezeigt haben, Mugabe zu isolieren, zu ächten und zur Machtaufgabe zu zwingen. Der Ruf nach militärischer Intervention wird immer lauter, so hat zuletzt am deutlichsten der südafrikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu afrikanische Staaten hierzu aufgefordert. Diese Forderung ist verständlich, weil sie ein Ausdruck schierer Verzweiflung ist, angesichts des Scheiterns der „stillen Diplomatie“ Thabo Mbekis und des Zauderns afrikanischer Staats- und Regierungschefs, der Willkürherrschaft Mugabes politisch Einhalt zu gebieten. Allerdings sind die politischen Mittel noch nicht ausgeschöpft. Die Bundesregierung sollte alles ihr Mögliche unternehmen, damit Mugabe zur Machtaufgabe gezwungen wird. Dazu gehört, dass eine andere in Afrika angesehene Person die Vermittlung zwischen den beiden Parteien ZANU-PF von Robert Mugabe und der MDC von Morgan Tsvangirai zur Bildung einer Regierung übertragen wird, denn mit Thabo Mbeki als Schlüsselfigur wird eine Lösung der Krise nicht zu erzielen sein.

Die Afrikanische Union muss bei ihrem Gipfel Ende Januar Mugabe aus ihrem Kreis ausschließen und ihn zum Rücktritt zwingen, damit eine Übergangsregierung ohne ihn gebildet werden kann, die mit ausländischer Hilfe das Land stabilisiert und Neuwahlen organisiert.

Selbstverständlich ist dringend Nothilfe zu leisten, damit die Choleraepidemie eingedämmt werden kann. Jenseits des politischen Versagens aller Beteiligten ist es ein Skandal, dass zum Ende des „Internationalen Jahres der sanitären Grundversorgung“ in Simbabwe bereits über 1000 Menschen an Cholera gestorben und über Zehntausend daran erkrankt sind. Diese Epidemie macht deutlich, dass sauberes Wasser und eine gute Abwasserentsorgung dringend nötig sind, um Mindesthygienestandards für ein gesundes Leben und damit zur Armutsbekämpfung zu sichern.

In der von mir eingebrachten großen Anfrage zur Sanitärversorgung, deren Beantwortung durch die Bundesregierung nun endlich nach sechs Monaten vorliegt (Drucksache 16/10922), erkennt die Bundesregierung die Bedeutung der Sanitärversorgung für die Armutsbekämpfung und Krankheitsvorsorge an. Um hygienische Zustände wie in Simbabwe für die Zukunft auszuschließen oder zumindest die Wahrscheinlichkeit solcher Epidemien zu mindern, fordern wir in einem vor zwei Wochen dem Bundestag vorgelegten Antrag die Bundesregierung auf, mit dafür Sorge zu tragen, dass Sanitärversorgung in ihren entwicklungspolitischen Partnerländern ein wichtiges innenpolitisches Thema wird. Ich hoffe, dass sich bei den nun anstehenden Beratungen in den Ausschüssen die anderen Parteien unseren Forderungen anschließen werden.

Nachhaltige Problemlösung in Somalia

Für mich gibt es keinen Zweifel daran, dass der Einsatz zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias notwendig ist. Es gibt ein gemeinsames Interesse der Weltgemeinschaft kriminelle Machenschaften in internationalen Seewegen zu bekämpfen und für kollektive Sicherheit zu sorgen. Das Mandat ist völkerrechtlich durch die UNO-Resolution 1846 vom 2. Dezember abgesichert.

Allerdings sind die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen völlig unzureichend. Wider besseren Wissens will sie sich einzig und allein auf die Pirateriebekämpfung beschränken. Damit werden wir aber nicht zu einer langfristigen Lösung des Problems kommen und möglicherweise eine Piraterie-Mission quasi ohne Ende haben. Das darf nicht sein.

Die Piraterie am Horn von Afrika kann nur dann eingedämmt werden, wenn Somalia als Staat wieder stabilisiert wird. Vereinzelte Maßnahmen gegen Piraten oder der Schutz einzelner Schiffe reichen nicht aus. Die Ursachen liegen ganz klar darin, dass Somalia als Staat nicht existiert. Seit über 18 Jahren gibt es keine staatlichen Strukturen, keine Sicherheitsorgane und kein staatliches Gewaltmonopol.

Damit ist Somalia ein sicheres Rückzugsgebiet für Kriminelle. Das Gemeinwesen ist zerrüttet, Warlords bekämpfen sich gegenseitig, die verschiedenen Clans misstrauen einander und wollen sich die Macht nicht teilen. Auch die unter internationaler Vermittlung eingesetzte Übergangsregierung scheint mehr ein Problem als eine Lösung zu sein. Hinzu kommt, dass Nachbarstaaten Somalia benutzen, um dort ihre Stellvertreterkriege auszufechten.

Deshalb sind umfassende und gezielte Schritte zur Lösung des Somaliakonflikts im Rahmen einer regionalen Sicherheitsarchitektur am Horn von Afrika dringend erforderlich. Wir fordern die Bundesregierung seit Jahren dazu auf – bisher leider erfolglos: Sie muss endlich aktiv an Initiativen mitwirken, die den Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea einer dauerhaften friedlichen Lösung zuführen, da der Grenzkonflikt zwischen diesen beiden Staaten eine ständige Quelle der Instabilität ist. Sie sollte dazu beitragen, dass die lokalen Autoritäten der somalischen Gesellschaft gestärkt und vernetzt werden, um Sicherheit und Ordnung auf kommunaler Ebene herzustellen und ein Gemeinwesen zu organisieren, in dem Männer, Frauen und Kinder in Sicherheit und Frieden leben können. Außerdem muss sie im Rahmen der EU dafür sorgen, dass ausländische Firmen nicht weiterhin Verträge über Fischfang und Müllentsorgung mit kriminellen Netzwerken in Somalia abschließen. Bei der Bundestagsdebatte um „ATALANTA“ habe ich die Bundesregierung erneut zum Tätigwerden aufgefordert, damit wir am Ende des 12-monatigen Mandats zur Pirateriebekämpfung auch bei der Ursachenbekämpfung weitergekommen sein werden.



Winne Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss



Autokanzlerin gegen Klimaschutz im Straßenverkehr

Seite 10

Anfang Dezember einigten sich EU-Parlament, Kommission und Rat über die Regulierung von CO₂-Emissionen in Pkw. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs am 11. Dezember wurde der so genannte Auto-Kompromiss im Rahmen des Klima- und Energiepaketes besiegelt. Die Entscheidung ist jedoch kein Kompromiss, sondern eine Täuschung! Statt wirksamem Klimaschutz wird die Autoindustrie mit einer Reihe von Privilegien ausgestattet: Die Autolobby und Bundesregierung haben das keineswegs überambitionierte EU-Paket zum Klimaschutz verwässert, verschoben und verkompliziert. Die neue Regelung erlaubt faktisch mehr CO₂-Verbrauch als der Trend der Entwicklung ohne Regulierung! Das ist nach langer Debatte über die Einführung von CO₂-Grenzwerten schlicht Politikversagen.

Folgende Aufweichungen wurden durchgesetzt: Neben den zusätzlichen 10 g/km (120 plus) werden für zusätzliche Maßnahmen weitere 7 g/km für „Öko-Innovationen“ (z.B. LED-Leuchten,) angerechnet; ein schrittweise Einführung (Phasing-In) des Grenzwertes sorgt dafür, dass 2012 nur 65%, 2013 dann 75%, 2014 dann 80% und erst 2015 alle Neufahrzeuge diesen um 17 g/km abgeschwächten Grenzwert erreichen müssen; hinzu kommt eine so deutlich Reduktion der Strafzahlungen, dass kein Anreiz besteht in zusätzliche Spritspar-technik zu investieren. Erst ab dem 4. Gramm Überschreitung wird es mit 95 Euro pro Gramm teuer.

Vor allem mit dem Phasing in wird der CO₂-Grenzwert de facto auf 2015 verschoben, da besonders schwere und spritschluckende Fahrzeuge wie die SUVs erst dann erfasst werden. Viele Autohersteller müssen bis 2012 gar nichts tun. Im Jahr 2012 wird durch alle Maßnahmen faktisch ein Grenzwert von 162 g/km erreicht. Die schrittweise Einführung von CO₂-Grenzwerten und diverse Schlupflöcher führen zu verlorenen Jahren für den Klimaschutz im Straßenverkehr.

Der Autoindustrie hilft diese Schonung durch lasche Politik allenfalls kurzfristig, langfristig wird es dem Klima und der europäischen Autoindustrie im globalen Wettbewerb schaden. Der Niedergang der amerikanischen Autoindustrie sollte eine Warnung sein.

Stuttgart 21 – Wirtschaftlichkeitsrechnung weiter geheim

Im Oktober legte der Bundesrechnungshof einen Bericht zum Projekt „Stuttgart 21“ vor, der unsere Kritik der letzten Jahre dramatisch belegt:

Der größtenwahnsinnige Tunnelbahnhof „Stuttgart 21“ wird nicht 3 Mrd. Euro kosten, sondern mindestens 5 Milliarden Euro. Damit erweist er sich als das Milliarden-grab, das wir immer befürchtet haben. Ferner belegt der Bericht: „Stuttgart 21“ ist kein Projekt der DB AG sondern des Bundes. Der Bund trägt die Hauptlast für das Projekt. Dieser hatte nämlich dem Unternehmen bereits 1995 die bundeseigenen Bahnflächen für das Projekt geschenkt. Und nun bringt die DB AG diese „generös“ als „Eigenanteil“ ein. Was für eine Farce!

Doch Bundesregierung und Landesregierung Baden-Württemberg behaupten wacker weiter das Gegenteil: Stuttgart 21 sei ein Projekt der DB AG, alle Risiken wären abgesichert und die Finanzierung seriös berechnet. Komisch nur, dass die Unterlagen der Öffentlichkeit auch nach jahrelangen Bemühungen vorenthalten werden. Bis heute ist es uns nicht gelungen, Einsicht in die Wirtschaftlichkeitsrechnung der DB AG zu nehmen. Stattdessen wurden alle Auskunftersuchen zu „Stuttgart 21“, die wir in Form von Briefen, Kleinen Anfragen oder als Berichterstattungsanforderung für die Fachausschüsse an das Ministerium gerichtet haben, abgelehnt.

Die Begründung lautet stets: Da sensible Unternehmensdaten des DB-Konzerns betroffen sind, wäre eine Einsichtnahme durch das Parlament unmöglich.

Es ist unglaublich. Das Parlament entscheidet über milliardenschwere öffentliche Investitionen in den Eisenbahnssektor, aber die Abgeordneten dürfen nicht einmal in der Geheimschutzstelle des Bundestages in die DB-Unterlagen schauen. So jedenfalls lautet die Antwort auf mein diesbezügliches Ansinnen. Und der Grund? Die Bundesregierung nimmt ihre Eigentümerverantwortung nicht wahr. Stattdessen fragt sie die DB AG um Erlaubnis. Und welch' ein Wunder: Die DB AG ist nicht einverstanden. Da denkt man unweigerlich an eine „Ba(h)nanenrepublik“.

Sportpolitik der großen Koalition: v.a. Spitzensportförderung

Zum Jahresende ziehe ich eine kritische Bilanz der sportpolitischen Arbeit der großen Koalition. Denn eine Sportpolitik, die einen richtungweisenden Beitrag zu einer nachhaltigen Sportentwicklung leistet, ist nicht erkennbar. Anstatt auf ein langfristiges Konzept und geeignete Maßnahmen für mehr Sport und Bewegung in der Gesellschaft zu setzen, haben Schäuble & Co einseitig die finanzielle Förderung für den Spitzensport ausgeweitet. Diese Schwerpunktsetzung wird jedoch den zahlreichen Herausforderungen für eine moderne Sportpolitik nicht gerecht.

Unsere Vorschläge für eine moderne Sportpolitik sehen dagegen so aus: Wir brauchen endlich einen „Zukunftsplan Sport 2020“ in dem der Sport, Bund, Länder und Kommunen sowie die Wissenschaft einen zukunftsfähigen Weg hin zu einer sportfreundlichen Gesellschaft aufzeigen.

Die Möglichkeiten für Sport und Bewegung müssen durch Aufnahme als Förderschwerpunkt in Programmen auf Bundesebene wie z.B. dem „Nationalen Radverkehrsplan“ oder dem Programm „Soziale Stadt“ verbessert werden. Wir brauchen einen spiel- und bewegungsfreundlichen Alltag.

Auf internationaler Ebene müssen die Möglichkeiten des Sports als Beitrag zu Völkerverständigung, Toleranz und Konfliktprävention besser genutzt werden. Es ist auch auf die Einhaltung von Fair-Trade-Regeln in der Sportartikelindustrie und auf eine verbesserte Bekämpfung von Korruption und Finanzkriminalität im Sport hinzuwirken.

Gesundheitsprävention durch Sport, Bewegung und Ernährung muss kontinuierlich weiterentwickelt werden, insbesondere durch Förderung von gesunder Ernährung und Bewegung im Alltag, in Schulen, Hochschulen und am Arbeitsplatz.

Auf die Auswirkungen des Klimawandels und den Erfordernissen eines verbesserten Umwelt- und Naturschutzes müssen wir zukunftsfähige Antworten geben. Diese bestehen insbesondere in Verpflichtungen für klimaneutrale Sportgroßveranstaltungen sowie in Handlungsempfehlungen für die Sportausübung in der freien Natur.

In der Dopingbekämpfung brauchen wir endlich einen Straftatbestand Sportbetrug, um an die Dopingprofis im Sport heranzukommen. Die Finanzausstattung der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA) muss durch größere Summen vom Sport und von den Sponsoren erhöht werden und es muss ein Schwerpunkt in der Dopingprävention gesetzt werden, damit es nicht im Breitensport zu unabschätzbaren gesundheitlichen Schäden kommt.



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Und Tschüss Klimakanzlerin

Seite 12

Es ist keine 2 Jahre her, da gelang es der deutschen Kanzlerin sich als Retterin des Klimas zu profilieren. Sie genoss es, in den Boulevard-Medien als „Klimakanzlerin“ bezeichnet zu werden. Dafür posierte sie auch gerne beim Foto-shooting vor Eisbergen und Eisbären. Nach den lichten Höhen der Bekenntnisse kamen aber bald die Mühen der Ebenen. Und da versagt sie immer eklatanter und mutiert zur Lobbyistin. Ihre klägliche Rolle bei der Reduzierung der Autoemissionen war noch in aller Munde, da überbot sie diesen Jammer jetzt bei der Verabschiedung des EU-Klimapakets kurz vor Weihnachten.

„Kapitulation der Klimakanzlerin“, titelte Spiegel Online und hielt ihr vor: „Indem sie schmutzige Industrien rettet, gefährdet sie neue grüne Jobs“. „Abschied von der Klimakanzlerin?“ fragte selbst die CDU-treue „Welt“. Und wenn im parteinahen Magazin FOCUS zu lesen war: „Merkel gilt im Club der 27 EU-Staaten inzwischen als „größte Bremserin“ in Sachen CO₂-Reduktion“, dann kann diese Kritik schwerlich als grüne Spinnerei abgetan werden. Selbst Merkels eigener Klimaberater Hans Joachim Schellnhuber vom renommierten Potsdam-Institut sah nur noch ein „Skelett der ursprünglichen Vereinbarungen“, zeigte „wenig Verständnis für die Kehrtwende“ und sagte voraus: Die behaupteten Ziele „werden Sie mit den vereinbarten Maßnahmen definitiv nicht erreichen.“

Nach der großen Rhetorik Anfang 2007 ist die Große Koalition inzwischen zur Kleinkrämerei übergegangen – und zu anderen Prioritäten. Beim Geschacher in Brüssel zugunsten nationaler Industrieinteressen war die Bundesregierung treibende Kraft beim Einlegen des Rückwärtsgangs. Merkel und Gabriel tragen Verantwortung für die fatalen Löcher, die in das Klimapaket gerissen wurden. Fast jeder Programmpunkt wurde relativiert, gestutzt und verschlechtert. Herausgekommen ist kein Klimarettungspaket, sondern ein Verschmutzerschutzpaket.

Am fatalsten sind folgende EU-Entscheidungen: Der Handel mit Verschmutzungsrechten wurde ad absurdum geführt. Mehr als 90 Prozent der produzierenden Industrie werden von der Versteigerung der Emissionszertifikate ausgenommen. Damit entfällt ein wesentlicher Druck zur klimafreundlichen Modernisierung der Produktion.

Der Neubau klimazerstörender Kohlekraftwerke kann aus Erlösen des Emissionshandels subventioniert werden.

In osteuropäischen Staaten dürfen Emissionszertifikate vorerst weiter kostenlos auch an Stromerzeuger verschenkt werden. Die Ausnahmen für osteuropäische Länder führen zu aberwitzigen Konsequenzen: Deutsche Energiekonzerne können den CO₂-Handel jetzt durch den Bau von Kohlekraftwerken in Osteuropa um einige Jahre hinauszögern.

Die Möglichkeit, im Rahmen des so genannten Clean Development Mechanism Projekte in Entwicklungsländern gegen eigene Minderungspflichten aufzurechnen wird drastisch erweitert. Die EU-Staaten können zwei Drittel ihres Klimagasabbaus durch Projekte außerhalb der EU einkaufen. Gelder aus dem Verkauf der Emissionsrechte müssen nicht für den Klimaschutz verwendet werden.

Die Alibitechnik der CO₂-Abtrennung und –Speicherung (CCS) wird in doppelter Weise subventioniert: CCS-Pilotanlagen müssen keine CO₂-Zertifikate kaufen, Betreiber erhalten sogar zusätzliche Zertifikate im Wert von 300 Millionen Zertifikaten (ca. 4,5 Mrd. €) geschenkt.

Mit den neuen Beschlüssen hat sich Europa erstmals seit den neunziger Jahren auf internationalem Parkett nicht mehr als Vorreiter, sondern als Bremser einer ambitionierten Klimapolitik profiliert. Aus China, Brasilien, Australien – und besonders aus den USA, gab es in den letzten Monaten Anzeichen für verstärkte Klimaschutzbemühungen. China hat im Rahmen seines Konjunkturprogramms 150 Milliarden in den Umweltsektor gesteckt. Wenn jetzt die ehemaligen Vorreiter den Prozess bremsen, wird das bei den anderen Staaten entstehenden Enthusiasmus nicht gerade fördern.

Die Regierung wird sich entscheiden müssen, ob sie Ökologie und Ökonomie als Widerspruch oder als gegenseitigen Motor behandelt. Position eins umsetzen und Position zwei als Monstranz vor sich hertragen wird auf Dauer nicht funktionieren.

Ökologie ist der Schlüssel zu einer der Zukunft zugewandten Ökonomie. Das hat der deutsche Boom bei Umwelttechnologien und Erneuerbaren Energien bewiesen. Aber auch in anderen Volkswirtschaften wird erkannt, dass im Umweltschutz eine ökonomische Chance liegt. Alles deutet darauf hin, dass die USA und auch China der deutschen Wirtschaft bald die Marktführerschaft streitig machen wollen.

Vom Neolobbyismus der Regierung profitieren einzig die Altindustrien. Sie dürfen nun nicht nur auf Kosten der Umwelt Extraprofite einfahren, sondern auch auf Kosten jener Wirtschaftsbereiche, die für eine lebenswerte Zukunft stehen. Verlierer sind die Produzenten intelligenter Einspartetechniken und umweltfreundlicher Energien.

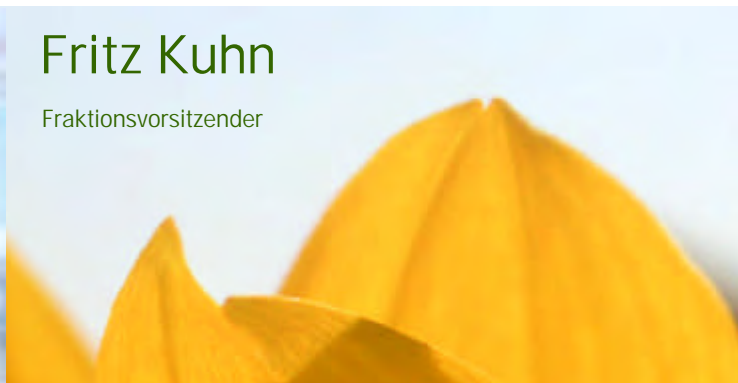
Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren nicht in den Altindustrien entstanden, sondern in den Zukunftsindustrien. Wenn die Kanzlerin sich zur Lobby der Energieverschwenker macht, erweist sie daher auch dem Arbeitsmarkt einen Bärendienst. Man kann die wirtschaftliche Krise nicht dadurch bekämpfen, dass man die ökologische Krise forciert. Die EU hat die Chance verpasst, mit einem grundlegenden Wandel des Wirtschaftens Arbeitsplätze zu schaffen.

Durch ihren Lobbyauftritt in Brüssel hat die Bundesregierung auch die Klimaverhandlungen in Poznan beeinträchtigt. In einem Jahr wird in Kopenhagen über das weltweite Klimaabkommen verhandelt. Wir werden uns bemühen, den falschen Kurs der CDU/SPD-Regierung bis dahin zu korrigieren



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender



Grün schafft Arbeit durch Investitionen in Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit

Seite 14

Die Regierung kann es nicht

Die Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Monate hat einmal mehr gezeigt, dass die Große Koalition nicht in der Lage ist, eine zukunftsfähige Politik für unser Land zu gestalten. Der Regierung – und vorneweg der Kanzlerin – gelingt es nicht, Vertrauen zu schaffen. Dies ist nun in der Tat eine große und schwierige Aufgabe, aber die Art und Weise wie Merkel & Co. diese Herausforderungen anpacken, ist einfach grundfalsch. Besonders „eindrucksvoll“ lässt sich das am beschlossenen Konjunkturprogramm der Regierung zeigen.

Zunächst einmal wird deutlich: In einer solchen Situation rächt es sich, dass die Regierung den Aufschwung seit 2006 nicht für echte Strukturreformen genutzt hat. Und dies ist auch einer der Gründe, weshalb der Kanzlerin jetzt nur ein blindes Konjunkturprogramm ohne Gestaltungsanspruch eingefallen ist. Auch wenn sich in dem Paket manch sinnvolle Einzelmaßnahme findet, so ist es doch ein Sammelsurium aus kaum zusammenhängenden Teilen. Dies ist aber falsch und gefährlich, denn: Damit ein solches Programm eine starke und positive Wirkung entfaltet, braucht es eine klare Richtung der Maßnahmen. Genau diese fehlt aber den Vorstellungen der Regierung. Vieles, was ohnehin in den Schubladen der Ministerien lag, wurde da zusammengetragen, und schon vergessen geglaubte Ideen feiern fröhliche Urständ. So ist etwa die blinde Befreiung der Neuwagen von der Kfz-Steuer ökologisch purer Unfug. Die größte Entlastung bekommen damit die größten Dreckschleudern. Die Verkürzung der Dauer dieser Maßnahme von zwölf auf sechs Monate macht es nicht besser. Denn was ein Jahr lang Unsinn ist, ist auch ein halbes Jahr lang Unsinn!

Wir wollen eine andere Politik: Ökologische Modernisierung

Diesem versammelten Murks der Großen Koalition stellen wir Grünen eine Alternative gegenüber: Ein nachhaltig wirkendes Investitionsprogramm, um gegen die Wirtschaftskrise anzukämpfen. Wir wollen damit gleichzeitig auch andere drängende Probleme bearbeiten, wie die Klimakatastrophe, die Bildungsmisere und die soziale Ungerechtigkeit. Dies ist politisch zwingend und wenn man es richtig macht, sichert und schafft es Arbeitsplätze. Wir sind mehr denn je davon überzeugt, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und dadurch die Arbeitslosigkeit bekämpfen kann. Dabei halten wir es für richtig, jetzt antizyklisch massiv gegen die drohende Arbeitslosigkeit gegebenenfalls auch kreditfinanziert zu investieren. Allerdings brauchen die Investitionen eine klare Richtung, damit sie nicht verpuffen wie bei blinden Konjunkturprogrammen. Denn wir wollen keine Strohfeuerprogramme, bei denen am Schluss nur Schulden übrig bleiben. Das von uns vorgelegte Konzept setzt auf Investitionen in der Klimapolitik, in die Bildung und in mehr soziale Gerechtigkeit. Unser Grundgedanke ist, dass wir da investieren wollen, wo unser Land sowieso Probleme oder Schwierigkeiten hat. Wir müssen ohnehin (auch bei einer guten Entwicklung der Konjunktur) mehr für Klimaschutz, mehr für Bildung und mehr für soziale Gerechtigkeit tun. Geschieht dies nicht, werden die Folgekosten unterlassener Investitionen sich in zukünftigen Haushalten als massive Verschuldung niederschlagen. Deswegen wollen wir die Investitionen in diese Bereiche jetzt verstärkt tätigen.

Nachhaltig investieren: Klima, Bildung, Gerechtigkeit

Höhere Investitionen in den Klimaschutz senken die Folgekosten einer falschen Energie- und Verkehrspolitik. Deshalb plädieren wir für die Einrichtung eines Energiesparfonds mit einem Volumen von 3 Mrd. Euro sowie den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Wir wollen die Aufstockung des Programms zur energetischen Gebäudesanierung um 1 Mrd. Euro, die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis und mehr öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur (v.a. Energie- und Schienennetze).

Mehr Geld in Bildung zu stecken ist ein Gebot der Gerechtigkeit und dient außerdem dazu, Deutschland fit zu machen, nicht zuletzt fit für Innovationen. Deshalb wollen wir hier mehr investieren. So soll das Ganztageschulprogramm nicht auslaufen, sondern mit zusätzlichen 4,8 Mrd. Euro vorangetrieben werden. Auch der Ausbau von Studienplätzen gehört dazu, ebenso wie ein Programm zur Sanierung alter Schulgebäude.

Wir halten Investitionen in mehr soziale Gerechtigkeit sowohl für ein moralisches Gebot als auch für eine wirksame Maßnahme zur Belebung der Konjunktur. So wollen wir die Regelsätze für Sozialleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII auf 420 Euro anheben, die Lohnnebenkosten im unteren Bereich nach dem Grünen Progressivmodell spürbar senken und Mindestlöhne einführen. Das ist das sozial gerechte Kontrastprogramm zu den von CDU/CSU und FDP geforderten Steuersenkungen.

Mit diesen und anderen Instrumenten geben wir der Investitionspolitik eine Richtung. Kreditfinanzierte Investitionen sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie auch nachhaltig sind. Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit sind die Felder, auf denen es sich lohnt, jetzt mehr zu tun und damit der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Dabei können wir einen Teil der vorgezogenen Investitionen aus Einsparungen bzw. durch Subventionsabbau finanzieren. Zudem wollen wir Mittel aus dem Emissionshandel verwenden und den Solidaritätszuschlag in einen „Bildungssoli“ umwandeln. Grüne Investitionspolitik spart an den richtigen Stellen, schichtet klug um und vermeidet durch vorgezogene Investitionen Folgekosten. Mit solchen Strategien und Maßnahmen kann es gelingen, die Krisen zu bewältigen, grün zu investieren und unser Land nach vorne zu entwickeln.

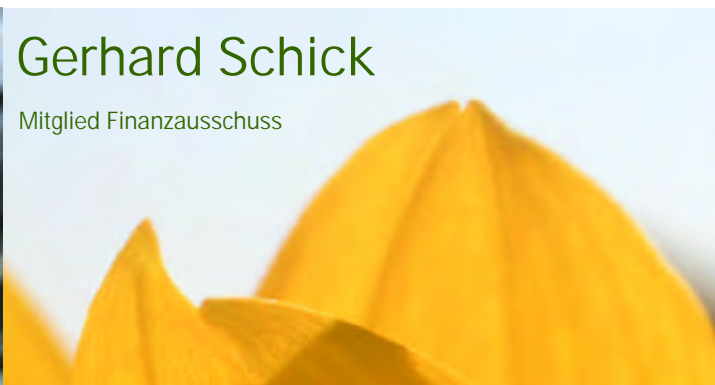
Unser Investitionsprogramm findet Ihr unter www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/d_o_k_-bin/256/256535.beschluss_investitionsprogramm.pdf.

Weitere Informationen rund um das Thema gibt es unter www.gruene-bundestag.de > Themen A-Z > Wirtschaft



Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss



Drei Krisen, eine Antwort – der Grüne New Deal

Seite 16

Turbulenzen am Finanzmarkt, Weltklima in Nöten und das ungelöste Welt-Ernährungsproblem – drei Krisen plagen Menschen und Natur gegenwärtig. Jede einzelne dieser Herausforderungen ist eine Herkulesaufgabe. Und gerade deswegen dürfen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht meinen, man dürfe ein Problem durch die Verschärfung des anderen lösen. Nur dann, wenn Politik alle drei Krisen in den Blick nimmt, besteht die Chance, wirklich voranzukommen.

Auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz haben wir uns für einen Grünen New Deal ausgesprochen und uns dieser dreifachen Herausforderung gestellt. Grün, weil er die Klimaproblematik mitdenkt, New Deal, weil er die Finanzmärkte neu ausrichten will, Ökologie und Ökonomie verbindet und dabei den globalen Süden nicht außen vor lässt. Das Hungerproblem ist auch eine Folge ungezügelter Nahrungsmittelspekulation, einer nicht-nachhaltigen Wirtschaftsweise und ungebremster Kapitalflüsse. Das Klimaproblem trifft vor allem die Menschen der ärmeren Länder, denn sie können sich kaum vor extremen Wetterereignissen wie Überschwemmungen und Dürren schützen. Ökonomisch schwache Länder leiden unter dem massiven Kapitalabfluss aus ihren Volkswirtschaften besonders; Ungarn, die Ukraine und Argentinien sind nur einige Beispiele dafür.

Manche fragen, warum man denn da keinen deutschen Begriff nehmen könne. Das hat zwei Gründe. Der erste: Es gibt ein historisches Vorbild: Nachdem die Vorgängerregierung lange erfolglos agierte und die Krise noch verschlimmerte, startete US-Präsident Roosevelt ab 1933 mit seinem New Deal einen Wiederaufbau der darniederliegenden US-Wirtschaft.

Dieser New Deal beinhaltete einen Dreiklang aus öffentlichen Investitionen, sozialer Absicherung und der Regulierung des Finanz- und Wirtschaftssektors. Damit schaffte Roosevelt die Wende und legte die Grundlage für den ökonomischen Aufstieg der USA. Wir Grünen wollen den umfassenden Ansatz von Roosevelts Plänen übernehmen und schlagen deswegen einen Grünen New Deal vor. Unser Dreiklang lautet: Investitionen mit klimapolitischem Mehrwert, Neu-Strukturierung des internationalen Finanzsystems unter Einbeziehung der Verantwortung der reichen für die armen Länder. Der zweite Grund: Es geht um eine globale Antwort auf die drei Krisen. Der UN-Generalsekretär, der Leiter des UN-Umweltprogramms und mehrere Staatschefs werben unter diesem Begriff Green New Deal dafür, die Lösung der Klimakrise mit der Lösung der Finanzkrise zu verbinden statt Klimawandel und Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Sie alle sehen in der Wertschöpfung, die durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien liegt, den neuen Motor für wirtschaftliche Dynamik, nachdem der kreditfinanzierte Konsum in den USA zum Erliegen gekommen ist. Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland Teil dieser internationalen Bewegung für eine grüne Wirtschaft wird und werden das auch, aufbauend auf die Positionierung unserer Europafraktion, zum Teil unserer Europawahlkampagne machen.

Umbruch nutzen, neue Finanzmarkt-Regeln einführen

In jeder Krise steckt auch eine Chance. Für das Finanzsystem heißt der grüne New Deal: Neue Regeln müssen her. Auf internationaler Ebene wird im Rahmen der G20-Gruppe verhandelt, nachdem sich die Staaten bei einem ersten Treffen im November auf inhaltliche Grundsätze geeinigt hatten.

Der zentrale Satz im Abschlussdokument lautet, dass kein Land, kein Produkt und keine Finanzinstitution unreguliert bleiben sollen. Dem können wir uns anschließen. Es geht darum, bestehende Regulierungslücken zu schließen: Erstens darf es keine Regulierungs- und Steuerlücken mehr geben (kein Land ohne Aufsicht). Dazu bedarf es eines koordinierten Vorgehens der G20-Staaten, um Finanzzentren zur Teilnahme an einem globalen Regelwerk zu drängen, die bisher durch laxen Bankenaufsicht und striktes Bankgeheimnis Instabilität erzeugen. Zweitens müssen Produkte wie Kreditversicherungen, die bisher weder der Banken- noch der Versicherungsaufsicht unterlagen, reguliert werden (kein Produkt ohne Aufsicht). Drittens betrifft das Rating-Agenturen, Hedgefonds, Private-Equity-Fonds, Zweckgesellschaften, die bisher nicht oder unzureichend in die Regulierung einbezogen waren (keine Finanzinstitution ohne Aufsicht). Hinzu kommt aus grüner Perspektive der Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten, aber auch Regeln für die Managervergütung eine neue Wechselkurspolitik und die Einführung einer Finanzumsatzsteuer.

Krisenmanagement bisher enttäuschend

Trotz milliardenschwerer Rettungspakete weltweit kommen die Finanzmärkte nicht zur Ruhe. Die EZB hat später als andere Notenbanken mit einer kräftigen Zinssenkung und weiteren Maßnahmen reagiert. Weitere Schritte werden nötig sein. Auch die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung haben bisher enttäuscht. Der wichtige Interbankenmarkt ist immer noch nicht wieder in Schwung gekommen, obwohl das das erklärte Ziel der großen Koalition war. Stockt der Geldfluss zwischen den Banken, geben diese auch weniger Darlehen an die Unternehmen raus.

Ohne neue Kredite aber keine neuen Investitionen. Das ist schlecht für Wachstum und Beschäftigung. Deshalb wird jetzt über Nachbesserungen am Rettungspaket diskutiert.

Aber auch wenn das Krisenmanagement optimal funktionieren würde, könnte das höchstens eine Stabilisierung erbringen. Ohne einen neuen Impuls wird die Weltwirtschaft aus der Wirtschaftskrise nicht herauskommen, die nach allgemeiner Einschätzung sicher bis über 2009 hinaus andauern wird. Genau deshalb braucht es als weiteren Teil des grünen New Deal ein Investitionsprogramm, das Ökologie, Bildung und Soziales zum Inhalt hat und besonders beim Investitionsstau in vielen Kommunen ansetzt.

Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71480
Fax 030/227- 76481
kerstin.andreae@bundestag.de
www.kerstin-andreae.de

Mitarbeit: Rita Maria Lienesch (Büroleitung)
Michael Schröter, Mira Schirrmeister
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Holger Weber, David Vaulont
Haslacher Str. 61, Freiburg,
Tel. 0761/88867-13, Fax -8886714

Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71575
Fax 030/227-76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de

Mitarbeit: Manuel Hublitz (Afrika), Britta
Schöffel, Britta Müller (Auswärtige Kulturpoli-
tik), Hanna Hartwich (Wasserpolitik)
WK: Astrid Linnemann
Plochinger Str. 8, Nürtingen
Tel. 07022/37234, Fax -37321

Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71897
Fax 030/227 - 76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de

Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung),
Boris Dehler, Sebastian Draeger, Astrid Evert,
Kathrin Kummerow, Klaus Müller, Michael,
Münter (wissenschaftliche Mitarbeit), Maja
Nikolovska, Ramona Schiller (Büro)
WK: Irene Gebauer
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,
Tel. 06221/167611, Fax -24908

Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit
und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71667
Fax 030/227-76667
birgitt.bender@bundestag.de
www.biggi-bender.de

Mitarbeit: Astrid Spiegel,
Annette Rausch, Fabian Engelmann
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Sandra Weber
Hermannstr. 5a, Stuttgart,
Tel. 0711/26346177, Fax -6151725

Winfried Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227- 71949
Fax 030/227- 76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de

Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt & Verkehr),
Michael Baumbach (Sport),
Angela Kohls (Bahn & Verkehrspolitik)
WK: Jenny van Heeswijk, Chris Kühn,
Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax -252559

Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74535
Fax 030/227-76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net

Mitarbeit: Kirsten Schiller (Büroleitung)
Philipp Bohle, Finn Gerlach, Claudia Tober
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Thomas Hornung, Damian Wiench
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 0621/4017252 Fax -8469

Alexander Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227-76991
alexander.bonde@bundestag.de
www.alexander-bonde.de

Mitarbeit: Thorsten Arzbach, Sebastian
Schäfer (wissenschaftliche Mitarbeit),
Ulrike Paschedag
WK: Marco Dieterle, Martin Kranz-Badri,
Karl-Friedrich-Str. 40, Emmendingen,
Tel. 07641/954545, Fax -954546

Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit,
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74742
Fax 030/227-76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de

Mitarbeit: Sibylle Centgraf, Rolf Gramm,
Nicoletta Salbach, Benjamin Zimmermann
WK 1: Inge Behner
Hauptstr. 41, Neckargemünd
T: 06223 /866423 Fax -866813
WK 2: Ulrike Maier
Sophienstr. 58, Karlsruhe
Tel. 0721/1518687 Fax -1518690



Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

Seite 19



SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit dem Acrobat Reader geöffnet werden. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will, kann sich durch eine Email an alexander.bonde@bundestag.de in den Verteiler aufnehmen lassen. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von SÜDWEST GRÜN und weitere Informationen über die Landesgruppe Baden-Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind nachzulesen unter www.suedwestgruen.de oder www.landesgruppe-bawue.de. Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Daher seid ihr unser wichtigstes Bindeglied nach Hause und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Mehr unter
www.gruene-fraktion.de

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.
Alexander Bonde, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Redaktion: Ulrike Paschedag
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227 76991
E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de
<http://www.alexander-bonde.de>

Südwest Grün | Dezember 2008

